

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Holmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 846 pppn  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

## Inhalt

**Barbara Weller MdB fordert ein Ende der Zurückhaltung gegenüber Rechtsradikalen: Mit Sofortmaßnahmen gegen gewaltbereite Rechtsextremisten vorgehen.**

Seite 1

**Rudolf Müller MdB fordert konkrete Problemlösungen, um Wähler zur Wahl zu motivieren: Die Wahl gewinnen?!**

Seite 2

### Dokumentation

**Rede von Johannes Rau zur Eröffnung eines Symposiums der F.-Ebert-Gedenkstätte: Friedrich Ebert als Reichspräsident - Amtsführung und Amtsverständnis.**

Seite 3

48. Jahrgang / 194

11. Oktober 1983

### Mit Sofortmaßnahmen gegen gewaltbereite Rechtsextremisten vorgehen

Von Barbara Weller MdB

Mehr oder weniger geplante gewalttätige Angriffe einzelner rechtsradikaler Täter oder Tätergruppen sind inzwischen erschreckenderweise fast alltäglich geworden. Eine Bedrohung durch die Rechtsradikalen in einer bisher unbekanntem Qualität ist aber jetzt festzustellen, nachdem der Bundesverband der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) in Fulda öffentlich und schriftlich angedroht hat, in einer koordinierten Großaktion von Ausländern betriebene Läden und Gaststätten zu überfallen. In einer per Telefax an zahlreiche Empfänger verbreiteten Presseerklärung hat die Nachwuchsorganisation der NPD mitgeteilt, sie behalte sich vor, ihre Anhänger bundesweit zu einem sogenannten "antimultikulturellen Stadtrundgang" gegen ausländische Restaurants und Geschäfte in Fulda zu mobilisieren (Zitat: "Alle gehen mit - keiner ist verantwortlich").

Angesichts der Tatsache, daß diese Androhung mit Briefkopf und namentlicher Zeichnung ergangen ist, muß man sich erschrocken fragen, wieweit die Rechtsextremisten mittlerweile ungestraft gehen zu können glauben. Ich verlange von den zuständigen Landes- und Bundesbehörden sofortige präventive Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. Hierzu zählt auch die Aushebung des offiziell in der Nähe von Braunschweig angesiedelten Hauptquartiers der JN. Die Bundesregierung frage ich, was sie - in Abstimmung mit den Ländern - zu tun gedenkt?

Die besondere Bedeutung dieser jüngsten Ankündigung der JN ist, daß hiernit erstmals offen mit einem organisierten Program gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe gedroht wird. Mit der Zerstörung von Läden und dem Verprügeln von Kunden haben auch die Nazis vor 60 Jahren mit der Judenvernichtung begonnen. Jedem Bürger, Politiker und Richter sollte nach dieser deutlichen Mitteilung zu Überlegungen über flächendeckende Angriffe gegen ausländische Mitbürger klar sein, daß die Zeit der Zurückhaltung oder gar Verharmlosung vorbei sein muß.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand

Vertriebspartner  
mit weiteren Abhängen  
Kreuzverlag



Unverständlich ist, wenn ein Oberverwaltungsgericht, wie vor kurzem zum wiederholten Mal geschehen, eine von der JN-Mutter NPD für Fulda angemeldete Kundgebung mit dem Argument genehmigt, es sei nicht erkennbar, daß vom Veranstalter eine konkrete Gefahr für die öffentliche Ordnung ausgehe. Was muß da zur Ankündigung eines stadtweiten ausländergefeindlichen Programms eigentlich noch hinzukommen? Die tatsächliche Durchführung desselben?

(-/11. Oktober 1993/ka/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Wahlen gewinnen?!**

**Mit konkreten Problemlösungen werden die Wähler zu überzeugen sein**

**Von Rudolf Möller MdB**

Das wollen alle Parteien. Und in der Vergangenheit gab es, wenn man die Erklärungen der Parteisprecher verfolgte, niemals richtige Wahlverkünder. Seit einiger Zeit ist das jedoch anders. Nicht erst das Debakel der Hamburger Bürgerschaftswahl, das sich im Superwahljahr 1994 das öfteren wiederholen könnte, hat aufgeschreckt. Die Diskussion um die sogenannte "Politikverdrossenheit" ist schon einige Zeit im Gange. Man hat eine Menge Kluges dazu gehört und sicher ist das Problem vielschichtig. Aber eine ganz einfache Antwort, sicher nicht die einzige, wollen viele noch immer nicht richtig wahrhaben. Sie lautet: Die Masse der Bürger, die sogenannten "kleinen Leute", fühlen ihre Interessen von den Parlamentariern nicht mehr ausreichend vertreten. Das muß besonders die Sozialdemokraten alarmieren, die ja als Partei der sogenannten "kleinen Leute" angetreten und groß geworden ist, das heißt als Partei der arbeitenden Menschen und ihrer Familien, die noch immer die Mehrheit der Wähler stellen. Nun hat sich als Folge der Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft auch die Zusammensetzung und die Lage dieses Kreises verändert. Sofern sie zum Beispiel Beamte sind, haben sie ein Maß an Sicherheit von dem viele kleine mittelständische Unternehmer nur träumen können. Letztere wiederum haben viel zum Beispiel mit Facharbeitern gemeinsam, die trotz Qualifikation und gutem Einkommen nie sicher sind, daß Konjunkturkrisen ihre Existenz bedrohen. Viele der bekanntesten Unternehmer andererseits sind hochbezahlte und hervorragend abgesicherte Angestellte, die die Probleme ihrer Betriebe dadurch lösen, daß sie Tausende in die Arbeitslosigkeit schicken und die sozialen Lasten der Versicherungsgemeinschaft zuschieben. Auch wenn das im Einzelfall unvermeidbar sein mag: so hatte man sich unternehmerische Leistungen eigentlich nicht vorgestellt. Die Parteien, insbesondere die SPD, müssen sich fragen, wie sie auf solche und die durch den Fortfall der Mauer bedingten Veränderungen unserer Welt reagieren wollen. Viele Bürger haben den Eindruck, daß so manche ihrer Vertreter diese Veränderungen noch gar nicht begriffen haben und statt dessen noch immer die Schiachten ihrer Jugend schlagen. Dabei hätten sie sogar von Lenin lernen können, der einmal gesagt hat, die Wahrheit sei nie abstrakt, sie sei immer konkret. Das gilt besonders für die Wahrheit der Masse der Wähler, also der sogenannten "kleinen Leute". Neulich fragte einer "Wie wäre es, wenn unsere Vertreter sich wirklich als Vertreter Ihrer Wähler betrachten würden, das heißt in erster Linie als Interessenvertreter stinknormaler, arbeitender und steuerzahlender Deutscher, die keine Nationalisten und durchaus bereit sind, auch etwas für Arme und Schwache zu tun?" Das drückt aus, was viele denken und empfinden. An einigen besonders gravierenden Beispielen kann man aufzeigen, was gemeint ist. Da wurden alle, die etwas gegen den unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsfüchtlingen zu sagen wagten, pauschal als Ausländerfeinde diffamiert und mehr oder weniger mit Neonazis in einen Topf geworfen. Die Sorge der Bürger um das Ansteigen der Kriminalität wird mit Debatten beantwortet, die die Betroffenen kaum noch nachvollziehen können. Sie haben ihre Vertreter in die Parlamente geschickt, damit sie

solche Probleme lösen, nicht, damit sie ständig Bekenntnisse zu Grundsätzen ablegen, die niemand für falsch hält. Jedermann in den Betrieben weiß aus eigener Erfahrung, daß es Leute gibt, die die Versicherungsgemeinschaft ausbeuten. Diejenigen, die das nicht tun, wollen keine endlosen theoretischen Debatten darüber, ob das so ist und wie groß dieser Anteil ist, sondern Lösungen, die nicht die Verantwortungsbewußten durch ständig steigende Beiträge und zusätzliche Belastungen in den Betrieben bestrafen. Daß Parlamentarier den Eindruck der Selbstbedienungsbedienungs erwecken, zeigt ebensowenig Verständnis für die Psychologie und Situation des "Durchschnitts"-Wählers wie die Furcht davor, die Diätenhöhe und gerechtfertigte Diätenerhöhungen öffentlich zu verteidigen. Dabei soll nicht so getan werden, als ob Wähler bessere Menschen seien als die Gewählten. Sie sind es nicht. Aber sie sind die Basis, die es leid ist, daß ein Teil der Gewählten sich zwar für alles und jedes in der Welt verantwortlich fühlt, die Interessen und Probleme ihrer Wähler jedoch nicht ernst zu nehmen scheint. Wähler sind keine homogene Masse. Aber noch immer besteht die Mehrheit aus Bürgern, die von risikobehafteter Arbeit leben, die dem Strukturwandel der Wirtschaft ohne besonderen Rückhalt ausgesetzt sind, für die Deutschland, solange es keine echte europäische politische Union gibt, noch immer der Staat ist, der ihnen Identität und Sicherheit bietet. Dabei sind die meisten einsichtiger als viele Politiker glauben. Jemand, der selbst glaubwürdig ist, kann ihnen durchaus Opfer zumuten, sofern diese einigermaßen gerecht verteilt werden.

Das alles sind gute Voraussetzungen für sozialdemokratische Politik, die sich an ihre Wurzeln erinnert und bereit ist, die Änderungen der Realität ebenso wahrzunehmen, wie die sich nicht verändernden Eigenschaften der Menschen. Die Partei wird künftig das Rennen machen, die sich am überzeugendsten darauf einstellt, die Problemlösungen anbietet, statt politische Gegner, und wenn gar nichts mehr hilft, die eigenen potentiellen Wähler zu beschimpfen. Wenn das die großen Volksparteien nicht schaffen, werden Wahlenthaltung und Protestwähler noch mehr zunehmen, nicht weil die Deutschen schlechte Demokraten sind, sondern weil viele keine andere Möglichkeit sehen und haben, ihrem Unmut Ausdruck zu geben.

(-/11. Oktober 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Friedrich Ebert als Reichspräsident - Amtsführung und Amtsverständnis

Zur Eröffnung des Symposiums der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte hat der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Vorsitzende des Kuratoriums der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Ministerpräsident Johannes Rau, am 7. Oktober 1993 in Heidelberg die folgende Rede gehalten:

**Deutschland und seine Staatsoberhäupter: Das ist eine Geschichte für sich.**

Mindestens zweimal in ihrer jüngeren Geschichte ließen sich die Deutschen von zwei Menschen, zwei Staatsoberhäuptern - Adolf Hitler und Wilhelm II. -, die man nicht miteinander vergleichen kann und darf, aber zweimal ließen sich die Deutschen mit schlimmen Folgen von denen täuschen, die mit Aplomb und Applaus, mit Glanz und Gloria die politische Bühne betraten.

Bei Friedrich Ebert war das anders. Er kam still und glanzlos daher. Und erst als er am 28. Februar 1925 unerwartet starb, da - so erinnerte sich Theodor Heuss - spürten die Deutschen "in einem jähen Schrecken, mancher auch in Scham, was die Nation an ihm besessen hatte, um freilich" - so fügte der erste Bundespräsident an -, "diese Einsicht bald wieder zu vergessen."

Wenn wir uns in den nächsten Tagen wissenschaftlich mit dem Amtsverständnis und der Amtsführung Friedrich Eberts beschäftigen, dann sollten wir nicht vergessen:

Es war sein persönlicher Stil, es war die Art und Weise, wie der Reichspräsident sein Amt auffaßte, und wie er es führte, die ihn zur Zielscheibe der gehässigsten politischen Anfeindungen und der häufigsten persönlichen Anwürfe machte.

Der Sattlergeselle aus der Heidelberger Pfaffengasse - der Präsident im einfachen Gehrock - war so gar nicht nach dem Geschmack der politischen Rechten und des deutschen Bürgertums, die sich nach den Uniformen der Wilhelminischen Epoche zurücksehnten.

Auch auf der radikalen Linken war Ebert mehr als unbeliebt. Dort verargte man ihm seine auf Ausgleich bedachte Haltung in der Novemberrevolution.

Und er wurde dafür gehaßt, daß er die weit rechts stehende Reichswehr zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland zu gewinnen suchte und dafür bereit war, ihr oft brutales Vorgehen gegen die protestierende Arbeiterschaft etwa im Ruhrgebiet oder in Sachsen zu dükten.

Selbst die Sozialdemokraten entfremdeten sich im Laufe der Zeit von Ebert. Auf dem SPD-Parteitag von 1924 wurde sogar beantragt, die Parteimitgliedschaft des Reichspräsidenten zu annullieren.

Die Masse der Funktionäre in Partei und Freien Gewerkschaften begegnete ihm häufig feindselig, obwohl er aus ihren Reihen kam. Das hatte mit seinen politischen Auffassungen, aber auch mit Eberts Amtsverständnis und mit seiner Amtsführung zu tun.

"Ich will und werde", so sagte er in seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919, "als der Beauftragte des ganzen Deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei."

Es gehe ihm, so bekräftigte er in der für uns etwas pathetisch klingenden Sprache der Zeit, um die "helle Arbeit am Ganzen", um das "sich Indienststellen in die Interessen des Reiches".

Und dann sprach Ebert Sätze, die auch heute noch Maßstäbe für politisches Handeln setzen:

"Den Frieden zu erringen", so Ebert, "der Nation das Selbstbestimmungsrecht zu sichern, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung verbürgt, dem deutschen Volk Arbeit und Brot zu schaffen, ein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß Freiheit nicht Bettelfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das ist das Ziel, dem wir zustreben."

Diese Worte zeigen: Friedrich Ebert wollte den Frieden - den nach außen und den im Innern. Er wollte vor allem die breite soziale und politische Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung in Deutschland überbrücken - und zusammenführen, was sich in Krieg, Niederlage und Zusammenbruch so tief entzweit hatte.

Vor allem setzte sich Ebert ein für eine Demokratie der sozialen Solidarität, in der die Freiheit der Bürger nicht Bettelfreiheit, sondern Kulturfreiheit ist, wie er das nannte.

Heute stehen wir im vereinten Deutschland vor Aufgaben, die mit denen vor 75 Jahren nicht vergleichbar sind, und doch scheinen mir Eberts Maximen überraschend aktuell.

Drei Jahre nach der staatlichen Einheit der Deutschen, über die ich helle Freude empfunden habe und empfinde, herrscht eine Stimmung in unserem Land, die mit der wirtschaftlichen Krise allein nicht erklärt werden kann.

Viele Menschen in den neuen Ländern hatten sich einen schnelleren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt versprochen und fühlen sich nun getäuscht. Sie glauben, lange genug gewartet zu haben und müssen nun erleben, daß Demokratie und sozial verpflichtete Marktwirtschaft auch im Osten nicht im Zeitraffer das schaffen können, was im Westen in Jahrzehnten mit viel Kraft aufgebaut worden ist.

Viele Menschen in den alten Ländern fühlten sich nicht minder getäuscht, weil die Politik - da werden dann keine großen Unterschiede gemacht - ihnen nicht rechtzeitig gesagt hat, was auf sie zukommen wird.

Sie müssen erleben, daß auch der notwendige Prozeß, gleichwertige Lebensbedingungen in allen 16 Ländern zu schaffen, bisher so organisiert wird, daß die Lasten überwiegend den Schwächeren aufgebürdet werden.

Wenn es uns nicht gelingt, die politische Depression zu überwinden, in die wir nach der Euphorie des Mauerfalls geraten sind, dann werden alle Milliarden, die wir in den Aufbau der neuen Länder investieren, nicht ausreichen, die innere Einheit der Deutschen zu erreichen.

Das kann nur dann gelingen, wenn Solidarität nicht länger ein Schlagwort für Festreden bleibt, sondern zum Markenzeichen der praktischen Politik wird. Solidarität zwischen West und Ost, zwischen alten und neuen Ländern, Solidarität zwischen allen Deutschen wird aber nur dann mehr sein als erzwungener Verzicht und erzwungene Belastung, wenn es sozial gerecht zugeht. Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille.

Jetzt müssen wir zeigen: Der Ernstfall solidarischer Politik sind nicht die Zeiten, in denen Zuwächse verteilt werden, sondern die Zeiten, in denen Abstriche und Belastungen nötig werden.

Gerade in einer Zeit, in der viele Menschen Angst haben - um ihren Arbeitsplatz, um die Zukunft ihrer Kinder, um den Frieden in Europa und in der Welt - gerade in dieser Zeit sollten wir uns an bewährten Grundsätzen orientieren, die einen Weg in die Zukunft weisen: Standhalten und sich an der Wirklichkeit orientieren; Perspektiven mit Bodenhaftung verbinden; nach vorne denken, ohne sich in Utopien zu verlieren; selber Mut haben und anderen Mut machen.

Friedrich Ebert hat aus Sorge um den Zusammenhalt der jungen, ungefestigten Republik, aber auch aus innerer Überzeugung Konzessionen an das überzogene nationale Empfinden seiner Zeit und nicht zuletzt an das konservative politische Spektrum gemacht. Aber gerade hier sind seine Absichten gründlich mißverstanden und mißbraucht worden. Eberts patriotische Appelle waren Wasser auf die Mühlen der nationalistischen Rechten und bestätigten ihre alten innen- wie außenpolitischen Feindbilder.

Seine Partei, über die der große Rechtslehrer und Rechtspolitiker Gustav Radbruch damals klagte, daß sie die Demokratie "nur als Leiter zum Sozialismus empfindet, die dann beiseite geschoben wird, sobald man den Sozialismus erstiegen hat", war mit dieser Politik des Ausgleichs und der Vermittlung nicht einverstanden.

Die Kritik auch in der Parteispitze galt auch der Amtsführung des Präsidenten. Man warf ihm eine - wie es hieß - "peinliche Neigung zu intensiv persönlicher Bestätigung" vor, weil es seine erklärte Absicht war, seine verfassungsmäßigen Kompetenzen voll auszuschöpfen und sich nicht auf bloße, repräsentative Funktionen zu beschränken.

Im Rückblick mag man zu dem Urteil kommen, daß Ebert bei der persönlichen Einflußnahme auf Regierungsbildung und Kabinettsberatungen in manchem Fall zu weit gegangen ist.

Aber war das aus seiner Sicht nicht verständlich, angesichts der fast täglichen Krisen der Republik, der Sorge um die Einheit des Reiches und der ständigen Gefahr, in das von der Gewalt bestimmte Chaos der frühen Weimarer Jahre zurückzufallen?

Wir dürfen nicht vergessen: Als Reichspräsident handelte Friedrich Ebert in einem Raum, der noch nicht vermessen war. Sein Amt war in Deutschland ohne Vorbild, es hatte keine Tradition, an die er hätte anknüpfen können, und er hatte keine durch Herkommen gesicherte Kompetenz.

Friedrich Ebert mußte es - darauf hat Theodor Heuss schon 1929 hingewiesen - aus dem Nichts entwickeln.

Und schließlich:

Intime Kenntnisse der politischen Zusammenhänge und Vorgänge bestritt keiner, der mit Ebert in den sechs Jahren seiner Präsidentschaft zu tun hatte. Noch in seinem Gedankartikel hat Gustav Stresemann die Sach- und Personenkenntnis des ersten Reichspräsidenten gerühmt.

Aber seine unbestreitbare politische Kompetenz machte den Reichspräsidenten nicht populärer. Für die "improvisierte Demokratie" von Weimar, diese Republik, die an einem Mangel überzeugter Republikaner litt und daran letzten Endes zugrunde ging, kam Friedrich Ebert als Reichspräsident offenbar zu früh, und er hat dafür bitter bezahlt.

"Eberts Beitrag zur Einübung der Demokratie in Deutschland", schreibt der Historiker Hans Mommsen, "war in seiner Zeit zum Scheitern verurteilt". Und Mommsen fährt fort: "Der gnadenlose Kampf, den die politische Rechte aber nicht minder die kommunistischen Gruppen gegen ihn führten, hat nicht nur Eberts frühen Tod verursacht, er war zugleich die Overture für die Beseitigung der demokratischen Staatsordnung."

Und doch:

Eberts Beispiel wirkte weiter und hat spürbar auch das Amtsverständnis großer Präsidenten der zweiten Deutschen Demokratie - der unsrigen - beeinflusst.

Seinen Deutschen zu helfen "zum Maß, zum Gemäßen zurückzufinden und in ihm unsere Würde neu zu bilden", das, was sich Theodor Heuss nach der Katastrophe des Dritten Reiches zum Ziel seines politischen Wirkens setzte, das entsprach auch dem Amtsverständnis Friedrich Eberts in den frühen zwanziger Jahren. Und auch er sah - wie später Gustav Heinemann - seine Aufgabe darin, "das Gute zu fördern und dem Bösen zu wehren".

Eine der großen Veränderungen, die der Sozialdemokrat Friedrich Ebert bewirkte, war, daß er die Deutschen an eine zivile, nicht waffenklirrende Repräsentation höchster staatlicher Macht gewöhnte - und das zunächst gegen den Willen des Volkes, das sich - wie Gustav Stresemann damals schrieb - mit einem Präsidenten im Zylinder nur schwer anfreunden mochte.

Friedrich Ebert war der erste Bürger-Präsident Deutschlands.

Daß an seinem Amtsverständnis und seiner Amtsführung vieles sehr zeitbedingt und manches problematisch war, das werden die Referate und Diskussionen der nächsten Tage gewiß zeigen.

Wir dürfen auch dieses Problematische, die Fehler und Versäumnisse des Präsidenten, nicht verschweigen. Aber wir müssen es aus der historischen Situation heraus und aus seiner Lebensgeschichte zu verstehen versuchen und nicht in Gegensatz setzen zu Eberts lautersten demokratischen und patriotischen Absichten.

Auch hier gilt, was Jacob Burckhardt einmal über das Verstehen und das Vermitteln von Geschichte geschrieben hat:

"Wer nicht Gutes und Böses, Summa: Lebendiges und Schicksal, zusammenschauen kann, der lasse die Geschichte und lese Romane, wo man einander am Ende kriegt."

Friedrich Ebert hatte kein Happy End. Aber die republikanische Kärnerarbeit, die er verrichtete, war nicht vergeblich:

Eberts Vorbild und sein Wirken haben sich auf lange Sicht für die demokratische politische Kultur in Deutschland als unverzichtbar erwiesen. Und wir sollten diesen Schatz zu hüten versuchen.

(-/11. Oktober 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*